

Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)

Bei den Wahlen zum Akademischen Senat auf Liste Nr *1*

Fachschaftsbündnis
Aktive für demokratische und kritische Hochschulen

harte zeiten 
junge sozialisten
& fachschaftsaktive

LINKS
Offene AusländerInnenliste · Linke Liste · andere Aktive

Wie verbessern wir unsere Lage?

Aus Anlaß der erneuten Befassung mit den Gebühren im Akademischen Senat

„Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben ausgefunden: daß diese Erde groß genug ist; daß sie jedem hinlänglich Raum bietet, die Hütte seines Glückes darauf zu bauen; daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.“

Heinrich Heine, „Die romantische Schule“, Drittes Buch, 1835.

Begreifen wir unsere Möglichkeiten, die Studiengebühren abzuwenden, als Teil besserer Bedingungen des Lebens und des Lernens?

Seit den 90er Jahren spüren die Befürworter von Studiengebühren aus Unternehmertum und rechter Lobby Aufwind; die Studierenden sollen mit harter Absicht eingeschüchert und ihnen eine leistungsmäßige wie finanzielle „Bringschuld“ eingeredet werden. Seit das Hamburger Gebührengesetz im Juni 2006 – in Folge studentischer Proteste nur noch knapp mit Mehrheit – beschlossen ist, ist das „Gib's auf“ eine verstärkt propagierte Botschaft.

Aber die Gebühren können nicht hingenommen werden: Durch ihre Einführung würde eine hochschulische Ware-Geld-Beziehung installiert, die das kulturelle und wissenschaftliche Erbe und die wissenschaftlich Tätigen selbst als Instrumente privater Ökonomie entwerten soll. Wer meint, was sich nicht rechnen, sei nichts wert, verdreht das Mensch-Sein. Gesellschaftlich nützlich und kulturell bereichernd ist hingegen die kooperativ-kritische Parteilichkeit Gleicher in der wissenschaftlichen Weltaneignung, um „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“. Soziale Offenheit, bedarfsgerechte, öffentliche Bildungsfinanzierung und eine demokratisierte Strukturierung der Universität sind dafür zu erkämpfende Grundbedingungen.

Entscheidend für jede positive Entwicklung ist also das kategorische „Nein!“ zum Bezahlstudium und der fortgesetzte Kampf für die Gebührenfreiheit.

Dies gilt auch, wenn nun am 21. Dezember der Akademische Senat über eine Satzung zur Befreiung von Studiengebühren beraten wird. In dem nun gültigen Gesetz ist die allgemeine Erhebung von 500 Euro pro Semester ab Sommersemester 2007 vorgesehen. In Ausnahmefällen von der Zahlung befreit werden können demnach nur Studierende mit „herausragenden Leistungen“, Studierende ohne Anspruch auf einen „Studienfinanzierungskredit“ und „chronisch kranke oder behinderte“ Studierende. Auslän-

dern soll eine Stundung der Gebühr ermöglicht sein. Gefordert durch das wohlbegründete Engagement aus der Studierendenschaft müssen sich nun Universitätspräsidium, Akademischer Senat und selbst der Hochschulrat um eine möglichst transparente, weit gefaßte und faire Befreiungspraxis bemühen. Beispielgebend hierfür kann die Präambel der Satzung für die Befreiung von den bereits vorgeschriebenen Langzeittudiengebühren sein:

„Das Präsidium der Universität Hamburg hat die nachstehende Satzung mit dem Ziel beschlossen, die [...] rechtswirksam begründete Pflicht zur Zahlung von Studiengebühren so zu gestalten, dass die Möglichkeit zu studieren nicht durch soziale, persönliche, wirtschaftliche oder sonstige wichtige Gründe verhindert wird.“ (05.03.2004)

Die universitären Gremien und die Verwaltung sollten jede Möglichkeit der begründeten Befreiung von der Gebührenpflicht nutzen, denn jede einzelne Befreiung ist ein Gewinn für alle. Die kritisch-argumentative Beteiligung der Hochschulöffentlichkeit in der Sitzung des Akademischen Senats am kommenden Donnerstag ist sinnvoll.

Den erforderlichen Drive erhält die hier nötige Abwendung größerer Übel aus den studentischen Aktivitäten für die prinzipielle Gebührenfreiheit. Aufbauend auf die erfolgreiche Urabstimmung 2005 bedeutet der Boykott der allgemeinen Studiengebühren – als weitere manifeste Solidarisierung der Studierenden – eine erhebliche Erhöhung des gesellschaftlichen Drucks für einen Politikwechsel. Anstelle inneruniversitären Kleinkriegs ist die Kontrahenz zu den eigentlichen Gegnern aufzunehmen: Gewinngeriges Unternehmertum, Handelskammer und Standortpolitiker sollten sich gemeinsam kritisch vorgeknöpft werden. Entsprechende Arbeit in den akademischen Gremien und der Verfaßten Studierendenschaft sowie von dort aus in der Öffentlichkeit ist notwendig. Und die Bürgerschaft und der politische Senat werden 2008 neu gewählt...

bitte wenden 

Sitzung des Akademischen Senats

Donnerstag, den 21.12.2006, um 14 Uhr, im Raum 308, Edmund-Siemers-Allee 1 (die Sitzung ist hochschulöffentlich). Zur Diskussion mit dem Akademischen Senat zu Gast ist: Die Hochschulratsvorsitzende Dr. Doris André (BAT), außerdem auf der Tagesordnung sind die erste Lesung der Satzung zur Befreiung von Studiengebühren sowie die Behandlung der Grundordnung.

DOKUMENTIERT: Zum Geleit XXVIII, Hamburg, den 12. Dezember 2006

(Zum Geleit: regelmäßige Thesen zu aktuellen Themen von den linken Studierenden an die AS-Mitglieder)

Sind Gebühren der Entwicklung gebührend?

1) Die Tugenden

"Es genügt, irgendeinem Krümel das Epitethon ,deutsch' anzuhängen, und Kaffeemaschine, Universitätsprofessor und Abführmittel haben ihr Lob weg."

Kurt Tucholsky, "Deutsch", 1924.

Wir seien: ordentlich, brav, fleißig, pünktlich, sittem und standortdienstestufig.

Wir seien nicht: kritisch, humorvoll, unbändig, weitsichtig, erwartungsvoll und menschenfreundlich.

Der Primat der Sekundärtugenden soll jetzt auch noch mit Gebühren bezahlt werden. Du bist Deutschland.

2) Keine wirkliche Rettung durch Sanitäter

"Die SPD hatte Wichtigeres zu tun; wenn in Deutschland ein Unheil im Anzug ist, dann steht die Bonzokratie dieser Partei da und setzt durch, daß im § 8 des Unheils statt ,muß' die Worte ,soll nach Möglichkeit' stehen. Es sind wackere Parlamentarier."

Kurt Tucholsky, "Die Keuschheitsgürteltiere", 1930.

Wer etwas ablehnenswert findet, sollte es auch nach den Gründen ablehnen, die sich in ihm regen. Auch wenn die Vernunft nicht durchgedrungen ist und schlechte Maßnahmen eigensinnig gehandhabt werden müssen, ist das Unvernünftige nicht vernünftig geworden.

Mit Pflastern heilt man keine Brutalität. (Wesentlich ist ihr zu wehren, auch wenn akute Heilung keinesfalls unterlassen wird.) Die Vernünftigen müssen einen neuen Anlauf nehmen.

3) Das Gift der kommerziellen Propaganda

"Von der Dankbarkeit, die wir unsern lieben, hochverehrten heldenhaften, gesegneten und zum Glück stummen Gefallenen schulden, von diesem

Hokuspokus bis zum nächsten Krieg ist nur ein Schritt. Was hier gemacht wird, ist Reklame."

Kurt Tucholsky, "Über wirkungsvollen Pazifismus", 1927.

Es ist - auch im Zivilen - Krieg. Die lüsterne Rendite schlägt Schneisen in die menschenwürdige Kultur. Wo Aktienkurse steigen wächst - vorerst - kein Gras oder Regenwald mehr.

Getragen wird die systematische Verrohung vom Hokuspokus, der Mensch sei nur etwas wert, wenn er sich rechne. Diese mentale Verirrung kann nur geistig, in Tateinheit mit kooperativem Engagement, überwunden werden. Hier bleibe keine Verlockung ungenutzt. Frieden ist mit den Geschäften nicht zu machen.

4) Widersprechen mit Perspektive

"Tje...der Doktor meint, es wäre ja nu nicht mehr so...und da wäre es ja denn besser, wenn sie nu gleich...' Aus. Das Wort ,Tod' wird taktvoll vermieden, wie überhaupt der Hamburger auch die pathetischen Vorgänge immer ins ,Faine' umbiegt. Fein und unerbittlich diesseitig, so ist Hamburg. (Erster Akt ,Hamlet'. Eine hamurgische Dame zur andern: ,Bis schetzt gar kein Sinn in.' Erledigt, Herr Shakespeare!) Vorläufig ist es aber mal bannig heiß."

Kurt Tucholsky, "Es ist heiß in Hamburg", 1928.

Shakespeare sei nicht erledigt. ("Hamlet" kann als ein Werk gegen Krieg und Niedertracht gelesen und geschaut werden.)

Wenn nicht unbedingt "fain", so doch "unerbittlich diesseitig" ist der Umwandlung von einer Bildungseinrichtung in eine Koof-mich-Anstalt zu widersprechen.

Dieser Widerspruch ist der Beginn eines politischen und kulturellen Wandels.

Der Rest ist: Beginnen. Bannig heiß.

Golnar Sepehrnia, Olaf Walther